

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Chamberlains Echo aus Moskau.

### Moskau hört die sanfteren Töne Londons wohl. — Einstweilen fehlt ihm noch der Glaube.

Moskau, 2. August.

Zu den Erklärungen Chamberlains im Unterhause über die Einstellung Englands zu Sowjetrußland schreiben die offiziellen „Iswestija“: „Chamberlain erklärt also, daß das konservative Kabinett angeblich eine weitere Verschärfung des Konflikts zwischen England und der Sowjetunion nicht wünsche. Wenn nicht das feindselige Verhalten und die feindselige Tätigkeit der englischen Regierung gegen die Sowjetunion unumstößliche Tatsachen wären, so könnte man aus der Rede Chamberlains vielleicht eine gewisse Milderung des Tones in der Frage der englisch-russischen Beziehungen herauslesen. Ober dieser sanfteren Ton das Ergebnis der außenpolitischen Lage Englands im Zusammenhang mit der Verschlechterung der englisch-amerikanischen Beziehungen ist oder ein Schachzug mit dem Zweck, die Führer der Arbeiter-

partei und der Gewerkschaften noch mehr in die Politik des Kabinetts gegenüber Sowjetrußland einzuspannen — das läßt sich einstweilen schwer entscheiden. Doch unterliegt es keinem Zweifel, daß derartige Erwägungen ebenso wie die Tatsache des bisherigen Mißlingens der Einheitsfront gegen die Sowjetunion selbst auf die englischen Konservativen einzuwirken beginnen.“

Was die Erklärungen Chamberlains betrifft, daß der englische Botschafter in Paris keinerlei Beziehungen zu den ukrainischen Emigranten treiben unterhalte, so bemerken die „Iswestija“ ironisch: „Eine anderslautende Erklärung haben wir auch nicht erwartet, denn der englische Minister des Auswärtigen kann doch nicht öffentlich zugeben, daß die englische Regierung Emigranten-Gruppen unterstützt, die auf einen gegenrevolutionären Umsturz und den Zerfall der Sowjetunion hinarbeiten.“

## Verewigung des Unrechts?

### Die Reaktion gegen das Asylrecht.

E. W. London, Ende Juli.

England, einst das klassische Land der Freizügigkeit, das im 19. Jahrhundert seine hervorragendsten Wirtschaftsführer und eine Reihe von Gelehrten und Künstlern aus Ausländern rekrutierte, seine nach Hunderttausenden zählende französische, deutsche und italienische Kolonie bejessen hat, England, das klassische Asyl für politische Flüchtlinge und Verfolgte, ist seit Kriegsbeginn zum Lande der strengsten Einschränkung der Einreise, der sorgfältigsten Überwachung der Ausländer und der rigorossten Anwendung der Ausweisungsbefugnisse geworden. Wohl ist England heute höchstens noch für reaktionäre politische Flüchtlinge aus Rußland und für ein paar von Mussolini und anderen faschistischen Regierungen verfolgte Liberale, welche letztere England eingedenk seiner großen liberalen Tradition und trotz der ausgezeichneten Beziehungen zu den betreffenden faschistischen oder halbfaschistischen Regierungen nicht gut zurückweisen vermochte.

Die Einschränkung der vor dem Krieg geltenden, den Aufenthalt von Ausländern regulierenden Vorschriften war ursprünglich als bloße Kriegsnotmaßnahme gedacht; sie ist später angesichts der politischen Unruhe, die dem Kriege folgte, und der ungeheuren Arbeitslosigkeit, welche England heimfuchte, aufrechterhalten worden und seither, wie jeder in London lebende Ausländer weiß, aufs strengste durchgeführt worden.

Nunmehr aber droht aus diesem Provisorium ein Definitivum zu werden: im Mai des laufenden Jahres ist dem Oberhaus ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Ausnahmemaßnahmen des Krieges und der Nachkriegszeit als geltende Norm festlegen und verewigen will. Der Plan der Regierung hat inzwischen, beinahe unmerklich, verschiedene parlamentarische Stadien durchlaufen und es herrscht die Gefahr, daß dieser reaktionäre Anschlag eines Tages zum Gesetz geworden sein wird, ehe sich die Öffentlichkeit über die Tragweite des Schrittes überhaupt Rechenschaft gegeben hat. Der Gesetzentwurf schränkt die freie Zureise von Ausländern ein; er hebt das Recht des Appells gegen die Einreiseverweigerung von Seiten des „immigration officer“, des britischen Beamten am Landungsplatz, sowie des Appells gegen einen Ausweisungsbefehl von Seiten des Innenministers auf, und er beseitigt insbesondere das Recht des ausländischen politischen Flüchtlings auf Asyl in England.

Niemand, der die Lage des britischen Arbeitsmarktes und die schwierige Lage des arbeitssuchenden Engländers kennt, wird gegen eine gewisse Einreisefreie protestieren können.

Es bestünde, ganz abgesehen von einer weiteren Verstärkung des Arbeitsmarktes, angesichts der hochliegenden sozialen Einrichtungen und der verhältnismäßig hohen Erwerbslosensätze unzweifelhaft die Gefahr des Einströmens arbeitsscheuer Elemente aus der ganzen Welt. Aber die wasser- und luftdichte Absperrung gegen jeden arbeitssuchenden Ausländer — sofern er nicht ein völlig unerfährlicher Spezialist — ist von zweifelhafter Weisheit. Rein rechenhaft: auf dem Papier, bedeutet jeder zureisende Arbeiter, welcher Beschäftigung findet, eine Verminderung der Arbeitschance für je einen Engländer. Die Praxis hat bewiesen, daß die Dinge so einfach nicht liegen und daß unter gewissen Umständen die Zureise von Fach- und Qualitätsarbeitern für eine mehrfache Anzahl heimischer Arbeiter dauernde Beschäftigung bringen mag. Auf manchem Gebiete, für das dem Engländer Schulung, Tradition oder Veranlagung fehlt, bedeutet diese insulare Absperrung überdies eine ausgesprochene Qualitätsenkung der Dienstleistung oder des produzierten Gutes. Dies ganz abgesehen von der — aus der Vergangenheit Englands nachweisbaren — Tatsache, daß eine gewisse Arbeitsenergie und Intelligenzzufuhr sich als Gegengewicht gegen eine gewisse britische Neigung zur Beschaulichkeit und Inzucht als im höchsten Maße produktiv erwiesen hat.

Bedenklicher noch als diese allgemeine Aufrechterhaltung der Einreisefreie ist die gesetzliche Abschaffung des Appellationsrechts des Ausländers gegen die Entscheidungen des immigration officers und des Innenministeriums. Mag für die Kriegszeit und für Ausnahmeweiten, wie die ersten Nachkriegsjahre, der Satz gelten, daß es besser sei, zehn Unschuldige mit an der Einreise zu hindern, um den einen Unerschuldeten, der mit hereinschlüpfen könnte, fernzuhalten, so verkehrt sich die Weisheit solcher Regel in normalen Zeiten in Schifane. Vernunft wird Unfuss, Wohlstand Plage, und der Beamte, der beauftragt ist, keine kommunistischen Agitatoren ins Land zu lassen, wird früher oder später — und es hat an solchen Irrtümern nicht gefehlt — einen zu einem Gewerkschaftstongreß reisenden Vertreter Amsterdams oder eine prominente Persönlichkeit der parlamentarischen Linken irgendeines kontinentalen Staates von der Einreise nach England ausschließen. Was gar die Endgültigkeit der Ausweisung durch das Innenministerium anbelangt, so ist zwar lokalweise festzustellen, daß diese Handhabe in der Vergangenheit, selbst unter einem Johnson-Hicks, dem konservativen Innenminister mit den faschistischen Sympathien, zwar streng gehandhabt, aber nicht mißbraucht wurde. Es besteht jedoch angesichts der Rechtsentwicklung des englischen Konservatismus doch die ernste Gefahr, daß früher oder später diese Waffe zu einem ersten psychologischen Druck gegen Ausländer werden könnte. Insbesondere der Journalist wird eine Verewigung dieser Be-

## Wie sag ich's meinem Kinde.

### Keudell in Verlegenheit.

Die Hugenberg-Presse veröffentlicht die folgende Mitteilung aus dem Geschäftsordnungsausschuß des Reichsrats: „Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichsrats hat gestern nachmittag eine Beratung über die Meinungsverschiedenheiten abgehalten, die zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung bestehen. Es handelte sich dabei um die Stellungnahme zu der Frage eines Nationalfeiertages bzw. die Haltung der Reichsregierung, die durch den preussischen Ministerialdirektor Dr. Wadi in einer Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages trittiert worden war. Der Reichsinnenminister hatte die Haltung des Vertreters Preußens wiederum im Reichsrat scharf besprochen, worauf der preussische Ministerpräsident noch scharfer geantwortet hatte. Die Angelegenheit wurde dann dem Geschäftsordnungsausschuß des Reichsrats übergeben, der am Sonnabend der vorletzten Woche seine erste Beratung abgehalten hat.“

Gestern wurden nun die Verhandlungen nach längerer Aussprache abermals, und zwar bis Ende August, vertagt. Ansehend suchen in den vertraulichen Verhandlungen Vertreter einiger Länder unter sachlichen staatsrechtlichen Gesichtspunkten zu vermitteln. Das Plenum des Reichsrats wird sich mit dieser Angelegenheit nicht vor Anfang September beschäftigen.“

Wir können aus eigenem Wissen diese Mitteilung weder bestätigen noch dementieren — aus einem naheliegenden Grunde. Die Sitzungen der Reichsratsausschüsse, namentlich des Geschäftsordnungsausschusses, sind streng vertraulich. Man weiß, welchen Wert Herr von Keudell, der deutschnationale Innenminister, auf diese Vertraulichkeit legt — ist doch der Konflikt Preußen-Reichsregierung daraus entstanden! Bei so streng gewahrter Vertraulichkeit der deutschnationalen Seite hochgeschätzter Vertraulichkeit war es uns selbstverständlich nicht möglich, authentische Informationen über den Gang der Verhandlungen im Reichsratsausschuß zu erfahren. Wir müssen also die volle Verantwortung für die Richtigkeit der Mitteilung der Hugenberg-Presse übernehmen. Woher sie bei so streng gewahrter Vertraulichkeit ihre Informationen hat, wird ihr Geheimnis bleiben. Herr von Keudell wird sich selbstverständlich über diesen Bruch der Vertraulichkeit fürchterlich aufregen.

Immerhin, der Inhalt der Mitteilung hat die innere Wahrscheinlichkeit für sich. Es ist durchaus glaubwürdig, daß die Reichsregierung versucht, die Angelegenheit durch Vertagung tot zu machen, so daß Herr von Keudell um eine offene Erklärung herumkommt. Es mag auch nicht leicht sein, eine Form des Rückzugs zu finden, die nicht eine offensivbedeutende Niederlage der deutschnationalen Agitationspolitik bedeutet. Wie sag ich's meinem Kinde — daß die Vorwürfe des Herrn von Keudell gegen den preussischen Ministerialdirektor Dr. Wadi von A bis Z eine glanzvolle Fehlleistung waren?

Ja, wie sag ich's meinem Kinde? Aber vielleicht kommt die Reichsregierung bei der Verfassungsfeier, die sie bekanntlich zusammen mit der preussischen Regierung abhält, auf gute Gedanken!

## Ein neues Völkerbundmitglied?

### Mesopotamien kündigt seine Anmeldung an.

London, 2. August.

Wie dem „Daily Express“ aus Bagdad berichtet wird, wird König Feisal von Mesopotamien in kurzem London besuchen. In der vergangenen Woche teilte der Unterstaatssekretär für Kolonien im Unterhause mit, daß Mesopotamien nunmehr einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund stellen wolle.

Mesopotamien (oder Irak) ist im Friedensvertrag von Sevres von der Türkei losgetrennt und Königreich unter britischer Mandatskontrolle geworden. 1922 schloß es ein zehnjähriges Militärbündnis mit England ab. Das vielumstrittene Petrolgebiet Mossul

wurde durch Entscheid des Völkerbundes mit Mesopotamien vereinigt. 1924 trat eine Art verfassunggebende Nationalversammlung, 1925 das erste Parlament zusammen. Jedem Minister ist ein englischer Ratgeber beigegeben. König ist Feisal, ein Sohn des Emirs Hussein von Mekka und späteren Königs von Hedschas. Das Land hat dreiviertel den Umfang von Deutschland, jedoch nur etwas über drei Millionen Einwohner, davon ist die Mehrzahl Mohammedaner (90 000 Juden und 80 000 Christen), Hauptausfuhrprodukte sind Petroleum, Asphalt und Baumwolle.

## Ahmed von Aegypten feierlich in Rom empfangen.

Rom, 2. August.

Der König von Aegypten ist hier am Bahnhof vom König, Mussolini und den Mitgliedern der Regierung empfangen worden.

## Bratianus Antwort an Carol.

### Seine Wünsche hätten „keinen“ Eindruck gemacht.

Bukarest, 2. August. (Orient-Radio.)

Die vom Pariser „Matin“ kürzlich veröffentlichten Erklärungen des Prinzen Carol haben auf die öffentliche Meinung in Rumänien keinen Eindruck gemacht. Die Thronfolgefrage wird als endgültig gelöst betrachtet und niemand denkt daran, einen Appell an den Prinzen zu richten. Uebrigens lassen die von allen Parteien im Parlament kürzlich abgegebenen Erklärungen keinen Zweifel in dieser Hinsicht. Was in diesem Augenblick die rumänische Öffentlichkeit beschäftigt, sind die Fragen, die mit der endgültigen Konsolidierung des Landes in jeder Beziehung zusammenhängen.

## Ueber den Korridor wird nicht verhandelt.

### Erklärt Moscicki in Thorn.

Warschau, 2. August.

Der polnische Staatspräsident Moscicki, der gegenwärtig in Pommern weilt, hielt auf einem in Thorn veranstalteten Bankett eine Rede, in der er die Einwohner Pommerns aufforderte, den Gerüchten keinen Glauben zu schenken, als könnte der Boden Pommerns je Gegenstand von Verhandlungen in der internationalen Politik werden. Die abgeschlossenen Verträge garantieren ganz Polen, das stark genug sei, um alle Angriffe auf seine Rechte abzuweisen.

## Christentum und Krieg.

### Rundgebung des Verbandes antimilitaristischer Pfarrer.

In Köln fand unter dem Vorsitz des Pfarrers Frihe eine Rundgebung des internationalen Verbandes antimilitaristischer Pfarrer statt. Die im Vorjahr in Genf gegründete Organisation, die bisher über starke Gruppen in der Schweiz, in Holland, Amerika, England und Norwegen verfügt, und sich vorläufig nur aus evangelischen Theologen zusammensetzt, verfolgt die Tendenz, die Unvereinbarkeit von Christentum und Krieg darzutun und gegen Kriegsoberherrschung und Kriegsvorbereitung zu kämpfen. Die Bildung einer deutschen Gruppe ist in absehbarer Zeit zu erwarten.

## Hochverrat!!

### Bayerische Hochverratsdrescherei und kein Ende.

München, 2. August. (Eigenbericht.)

Die Münchener Polizeidirektion hat die kommunistische „Neue Zeitung“ vom 31. Juli wegen Abdrucks des vom Zentralkomitee der R.P.D. herausgegebenen Aufrufs „Vor dem neuen imperialistischen Kriege“ beschlagnahmt; ebenso wurde auf Anordnung des Amtsgerichts Nürnberg die dort erscheinende kommunistische „Nordbayerische Volkszeitung“ beschlagnahmt. Gegen den verantwortlichen Redakteur des Münchener Blattes, den Reichstagsabgeordneten Buchmann, und den Geschäftsführer Döschel wurde ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet.

stimmung nur mit größtem Mißbehagen zur Kenntnis nehmen. Durch feinerlei diplomatische Immunität geschützt und auf dem Papier allen anderen Ausländern gleichgestellt, muß er doch, ungleich den übrigen Ausländern, aus den Bedürfnissen seines Berufes heraus das Recht der Kritik, selbst der schärfsten Kritik an Regierung, Parteien und Behörden beanspruchen, wenn er moralisch völlig unabhängig sein soll.

Am bedenklichsten freilich ist die dauernde Aufhebung des politischen Asylrechts, das zu den großen moralischen Aktiosten der englischen Vergangenheit gehört. England hat mit dem Asylrecht, das es Männern wie Karl Marx und Eduard Bernstein und ungezählten, von ihren reaktionären Regierungen wie Freiwillig gesagten Sozialisten gewährt hat, den Sozialismus der Welt zu einem Dank verpflichtet. Gewiß ist mit der Schaffung der Dritten Internationale die Gefahr eines Mißbrauchs des politischen Asylrechts durch kommunistische Opfer der Reaktion akuter geworden, als dies zu den Zeiten von Karl Marx der Fall war. Gewiß ist der soziale Körper Englands heute ausländischen Einflüssen gegenüber empfänglicher und überhaupt labiler, als er im 19. Jahrhundert gewesen ist. Dennoch liegt nicht hierin der wahre Grund für den Bruch mit einer stolzen Vergangenheit. Man wird ihn vielmehr darin suchen müssen, daß England damals (neben der Schweiz) der fortschrittlichste Staat Europas war, daß damals in England staats-erhaltend und regierungsfähig war, was von den kaiserlichen Kanzleien des Kontinents in Deutschland, in Oesterreich, in Rußland im eigenen Lande noch als hochverräterisch erachtet war, während heute England wie die Schweiz, was die freiheitliche Entwicklung anbelangt, in der Nachhut der europäischen Nationen marschiert. Das Asylrecht, das damals für England ein Bekenntnis zum Liberalismus gewesen, bedeutet heute eine Belastung und indirekt vielfach eine moralische Unterfütterung von Bewegungen, welche die herrschenden Schichten Englands nicht nur im eigenen Lande, sondern in der ganzen Welt vom Erdboden vertilgen möchten.

Erschrocken und mit den reaktionärsten Regierungen Europas liebäugelnd, gehen die englischen Reaktionäre nunmehr daran, das Kind mit dem Bade auszuschütten und für alle Zukunft jene Freistadt zu verriegeln, die die Menschheit in einer Epoche heftiger und plötzlicher politischer und sozialer Rückschläge, des Faschismus und der wachsenden Unterdrückung freier Meinungsäußerung so dringend bedarf, wie vielleicht niemals vorher. Der „Manchester Guardian“ hat sich ein Verdienst erworben, als er unlängst die Aufmerksamkeit auf diese, kaum ins Bewußtsein der Öffentlichkeit getretenen reaktionären Pläne gelenkt hat. Bei der Oberhausreform hat die freiheitliche Tradition Großbritanniens über den drohenden Anschlag der Reaktion ge-lligt. Da mag es nicht vermissen sein, auch in dieser Frage auf einen wachsenden Protest des freiheitlichen England zu hoffen — wenn es sich hier auch nur um Ausländer handelt, die in England bekanntlich nie zu hoch im Kurse standen, wenigstens solange sie Ausländer geblieben sind.

## Zentrum und Schulgesetz.

Kritische Stimmen aus dem Zentrumslager.

Das Reichschulgesetz, besonders die Verankerung der Konfessionsschule, gehört sozusagen zu den „eisernen Forderungen“ des Zentrums, die den Wählern immer wieder als noch nicht erreichte Ziele vorgestellt werden müssen. Zwar bedeutet der jetzt vom Kabinett vorliegende Entwurf eine glatte Verfassungsänderung, wie hier mehrfach betont worden ist. Aber darauf kommt es gewissen Zentrumsführern und ihren deutschnationalen Treibern nicht an. Um ein entsprechendes „Gutachten“ wird man auch nicht verlegen sein.

Es wäre jedoch ganz falsch, anzunehmen, daß das Zentrum einzig in der Forderung sei, das Reichschulgesetz möglicherweise zum Gegenstand des Wahlkampfes zu

machen. Nicht mit Unrecht fürchtet man, daß vor den Wählern die Deutsche Volkspartei ihre „liberale“ Vergangenheit wieder ausgraben möchte und daß auch bei den Deutschnationalen die katholischen Kräfte um Martin Spahn und Waller af doch nicht als genügend stark erwiesen könnten, um den protestantischen Hauptteil der deutschnationalen Wählerschaft einzuwideln.

Deshalb geht das Streben des Zentrums dahin, möglichst wenig Aufhebens von der ganzen Affäre zu machen und den Keudell-Entwurf in aller Stille zum Gesetz werden zu lassen. Dabei mehren sich die Stimmen aus dem Zentrum, die der Meinung sind, daß auch das Keudell-Gesetz keineswegs den Zentrumsanprüchen genügen könne und daß es deshalb besser sei, bessere Zeiten abzuwarten. So schreibt in der „Germania“ der bekannte Berliner Zentrumsführer Rektor Kellermann:

Es ist hier vielleicht gegeben, einmal auf die Gedanken einzugehen, wie das Zentrum in den Kampf um das Reichschulgesetz gekommen ist. Die schulpolitische Lage, besonders die konfessionelle, war im allgemeinen in Deutschland nicht schlecht, in Preußen so ziemlich erträglich, abgesehen von einigen Schwierigkeiten in der Diaspora. Das Reichschulgesetz von 1906, das namentlich die konfessionellen Verhältnisse in den preussischen Volksschulen regelt, galt bisher als die gesetzliche Grundlage für das Schulwesen. Es hat viele Mängel, aber bei der richtigen Ausnutzung seiner Paragrafen ließ sich vieles machen. Daneben erklärt Bapern heute schon, daß es ein Reichschulgesetz für seine Bundes- teile nicht für besonders nötig erachte. In Baden und Hessen, den Ländern der Simultanschulen, kann man bezweifeln, ob alle katholischen Kreise ein Aufheben der Simultanschule wünschen. Das Zentrum hatte also von sich aus keine große Veranlassung, in den Schulkampf hineinzugehen. Daß es soweit gekommen ist, ist zum großen Teil Schuld der Deutschnationalen. Nach der Revolution hatten Zentrum und Sozialdemokratie zusammen in einer Regierung gearbeitet. Die Deutschnationalen stellten ihre Agitation gegen die Regierung stark unter den Gedanken, das Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie verhindere ein christliches Schulgesetz. ... Das Ziel der Deutschnationalen war, Verdrängung des Zentrums von der Sozialdemokratie. Von deutschnationaler Seite aus gesehen ist dieses Ziel erreicht, und die heutigen Versammlungen der Deutschnationalen Partei stellen dieses auch als einen Erfolg hin. Wie man im Zentrum über den „Erfolg“ denkt, ist eine andere Sache.

Kellermann verrät weiter, daß „nicht alle katholischen Lehrer auf dem Standpunkt der katholischen Kirche stehen“. Von dem letzteren Standpunkt gesehen, bringt nach seiner Meinung der Keudell-Entwurf nicht viel, und bei einsichtigen Katholiken bestche auch wenig Hoffnung, daß mehr erreicht würde. Die Gegenkräfte seien zu stark, und selbst der Druck der Deutschnationalen dürste nicht ausreichen, um die Volksparteiler umzustimmen.

Alles in allem sieht Kellermann, der politisch nicht gerade zu den Finstertingen gehört, sehr trübe in die Schulgesetz-Zukunft. Und wenn er es auch nicht offen ausspricht, so ist doch zwischen den Zeilen deutlich zu lesen, daß er dem Reichstag eine bessere Beschäftigung wünsche, als unmittelbar vor den Wahlen den Streit der Konfessionen um die Konfessionsschule zu entfachen. Darin wird er nicht unrecht haben. Aber die Deutschnationalen, die das Zentrum in diese Zwangslage manövriert haben, dürften es freiwillig nicht aus der selbstgeschmiedeten Falle lassen wollen.

In Lyon ist es am Montag anlässlich einer Kundgebung zugunsten von Sacco und Vanzetti zu schweren Zwischenfällen gekommen. Die Kommunisten verfolgten einen Umzug durch die Straßen zu bilden. Sie trafen dabei mit starken Polizeimannschaften zusammen. Es kam zu blutigen Zwischenfällen, bei denen acht Polizisten und ein Dutzend Demonstranten schwer verwundet wurden.

Für Sacco und Vanzetti demonstrierte in Brüssel eine große sozialdemokratische Kundgebung, auf der unter anderem der Völkerbundsbotschafter Benoite de Braudere sprach.

und genauer Berechnung zusammengestellt wurde. Das Resultat gleicht allerdings auch einem paradiesischen Zustand für die Hausfrau, die hier ihre Arbeit um die Hälfte und mehr verringert sieht durch glänzende Organisation aller Geräte, Handgriffe, technischen Hilfsmittel.

Was da im einzelnen an Hygiene und Wohnkomfort, an Bädern, Sonnenterrassen, Gärten, Waschküchen, elektrischen Anlagen, Wand-schränken, Kücheneinrichtungen, an praktischen Grundrissen und Raum-ausnutzung auch für die kleinsten Wohneinheiten gelistet worden ist; wie mannigfach die Bemühungen dieser deutschen, französischen, Wiener, holländischen, belgischen Baumeister und Technikfreunde aus-schauen, um den Menschen der Gegenwart (und leider mehr noch der Zukunft) das Leben erträglich und schön zu gestalten, und wie das alles mit dem geringsten Aufwand an Mitteln zugänglich gemacht wird; das muß man selber an Ort und Stelle sehen.

Daß die Wohnung durch solche Bemühung und das Notwendige an Lebenskomfort auch schon wird, daß für Licht und heitere Fröh-lichkeit, für günstige Lage zur Sonne und Umgebung gesorgt wird, ver-sieht sich von selbst. Eine ungewollte Folge ist etwas, was man be-nah den Stillen Zeiten nennen könnte. Das Haus als Wohn-maschine, befreit vom Ballast sentimentaler Ornamente, ein leben-diges, atmendes Aufwachen: schreihet nach anzu schauen für den Bauaufseher und wipigen Speißbürger, der alles so haben will, wie es bei Großvätern war.

Aber freilich: all das finden wir erst auf der Musterstadt bei Stuttgart. Was die Dud, Frank, Poeszja, Scharoun, Wies van der Rohe, Gropius, Laut, Hilbers-eimer, Stam, Le Corbusier gebaut haben, wird zwar für 70 Stuttgarter Familien glückliche Tatsächlichkeit werden. Von Ber-lin, wo die meisten dieser geistvollen und einsichtigen Baumeister wohnen, ist keine Rede. In Berlin gibt es keine Stadtverwaltung, die sich rechtzeitig ihren eigenen Bodenbesitz sichert, die Millionen ausgibt, um den Arbeiter-Reihenhäusern auf Gartengrundstücken zu erbauen und Musterflächen zu schenken. Berlin hat etwas viel Wich-tigeres zu bewahren: die unantastbare Tradition seiner Habertands und seiner Grundstückspekulation. Wie tief das Gift dieser volks-mörderischen Spekulation sich eingegriffen hat, erkannte man mit Schauern, als kürzlich ein Journalist von den verzehrenden Folgen der Wochenendbewegung den Vorhang hob, wo armelige Lohn-empfangler für viele Jahre die Hälfte des Einkommens (!) hingaben, um einen feinen Bauland irgendwo draußen zu erwerben, auf dem ihnen schließlich nicht einmal eine Laube zu bauen er-laubt wird.

## Wie lange dauern Hitzeperioden?

Die Hitzeperioden in Deutschland haben meist nicht eine so lange Dauer, wie man im allgemeinen anzunehmen neigt. Nach einer Feststellung von Hellmann kann man nur solche Sommer als heiß bezeichnen, in denen mehr als sechs heiße, mehr als zehn sehr warme

## Unter Hugenbergs Huth.

Die Domelataien gegen Domela.

Die Hohenzollerndynastie ist gerettet! Schreckliches stand ihr bevor, aber gottlob hat sie noch treue Diener in dem von Hugenberg majorisierten Usa-Konzern.

Der nämlich folgendes passiert: Herr Huth, Sommerdirektor im Theater am Rollendörflerplatz, war auf den nicht unwichtigen Ein-fall gekommen, die Rolle des Prinzen in „Mit-Heidelberg“ dem Harry Domela zu übertragen. Ob der Versuch gelohnt hätte, mag zweifelhaft sein. Frühere Sensationen wie der Schuster Bolgi, die Gräfin Bothmer usw. haben auf die Bretter gestellt, ihr Publikum schwer gelangweilt. Vielleicht wäre es bei Harry Domela das gleiche gewesen. Immerhin konnte man gespannt sein, wie der Burige, der im Leben so geschickt die Rolle eines Prinzen gespielt hatte, sich auf der Bühne damit abfinden würde.

Aber: der Theaterdirektor denkt, der Konzern lenkt. Wir leben, gottlob, in einem hochkapitalistischen Zeitalter, wo hinter der kleinsten Sommertheater unschiffbar der gewaltige Finanzierungs-trust steht. Der scheinbar allgewaltige Theaterdirektor ist längst zum Angestellten dieser Macht herabgesunken.

Hinter Herrn Huth als Unterpächter des Theaters am Rollen-dörflerplatz steht die Usa als Oberpächter. Hinter der Usa aber steht als Eigentümer der Aktienmehrheit der betriebsame Herr Hugen-berg, dessen Finanzpläne bewußt darauf hinsteuern, aus Zeitungen, Kinos, Theatern usw. einen gewaltigen nationalistisch-monarchistischen Propagandatrast zusammenzuleimen.

Usa — Herr Hugenberg erhob Einspruch gegen das Engage-ment Harry Domelas, Herr Huth mußte sich fügen. Die zitternden Domelataien — an der Spitze die „Kreuz-Zeitung“ — almen er-leichtert auf, und das Vaterland ist gerettet.

## Die bayerische Kopfsteuer.

Ein Anfang ist gemacht.

München, 2. August. (Eigenbericht.)

Als erste bayerische Stadt hat sich Ansbach in Mittelfranken entschlossen, von der durch den sogenannten Innerbayerischen „Finanzvergleich“ gegebenen Einnahmehöchstigkeit der Erhebung einer Verwaltungskostenabgabe von sechs Mark auf den Kopf der selbstständigen Bevölkerung Gebrauch zu machen. Die Sozialdemokratie nahm im Stadtparlament in schärfster Weise gegen diese unsoziale und ungerechte Steuer Stellung und bezeichnete die Wegnahme der 16 Millionen Umsatzsteuer-anteile durch die Regierung als einen zwar nicht strafrechtlichen, aber moralischen Diebstahl an den Gemeinden. Ueberaus bezeichnend ist die Haltung des Vorsitzenden der sogenannten „Frat-tion Schwarzwehrot“, eines Gewerbers und Handwerksmeisters, der zwar in der heftigsten Weise gegen die Kopfsteuer polemisierte, das Handwerk zum Sturm gegen sie aufrief und drohte, mit der bayerischen Regierungskoalition einmal gründlich fraktur reden zu wollen, dann aber jämmerlich zusammenbrach und — für die Kopfsteuer stimmte. So kam der Beschluß mit 12 gegen 9 Stimmen der Sozialdemokratie und Völkischen zustande.

## Schwächezeichen der Kuomintang.

Kuomintang Preß stellt vorläufig den Dienst ein.

Die Berliner Abteilung der Chinesischen National-agentur (Telegraphen-Agentur der Nationalregierung in Wuhan, Telegrammadresse Kuomintang Preß) stellt vorläufig ihren Dienst ein, da im Augenblick, wie mitgeteilt wird, nur sehr schwer Tele-gramme zu erhalten sind, und diese entweder scharf zensuriert oder ganz zurückgehalten werden. Man geht wohl nicht fehl — schreibt der „Reichsdienst der deutschen Presse“ — diese Dienstleistung in Zusammenhang zu bringen mit dem Ausscheiden der Vertreter der chinesischen kommunistischen Partei aus der Hankau-Regierung und der Ausbootung der Mitglieder der chinesischen kommunistischen Partei aus der Partei der Kuomintang.

## Eine soziale Bauausstellung.

Von Dr. Paul F. Schmidt.

Wohi die lehrreichste Ausstellung, die jedermann angeht, ist die Wohnbauausstellung, die Werkbundpräsidenten im Auftrag und auf Kosten der Stadtverwaltung in Stuttgart hergestellt haben. Denn diese Wohnbauausstellung am Reichshof ist als Teil des städtischen Bauprogramms unternommen und findet logischer in diesem Herbst ihre Bewohner; und die Bewohner sind wahrhaft bewundernswert, nicht bloß wegen der herrlichen Lage ihrer Häuser, nicht bloß wegen ihrer Gärten und der Billigkeit, sondern weil sie musterhaft und im sozialsten Geist eingerichtete Häuser und Mietwohnungen bekommen, vollendet mit der Präzision einer Maschine.

Das ist es, was jeden angeht: Hier haben die besten Architekten Europas im Wettstreit miteinander das Problem der Klein-wohnung für den heutigen Menschen zu lösen versucht; in den meisten Fällen, und gerade in denen der kleinsten Wohnungen, mit durchschlagendem Erfolge. Nicht um architektonische und kunst-gewerbliche Formversuche handelt es sich bei dieser Schau, sondern um den Ernst des Zentralproblems und seine Lösung für die Praxis: Wie kann man am schnellsten, am billigsten die besten Wohnungen für den Arbeiter und den Mittelstand bauen?

Das ist die Frage, die unsere müttigen und sozial denkenden Archi-tekten, die Gropius, Laut, Wies van der Rohe, Hilbers-eimer, Poeszja, Tessenow, Scharoun seit vielen Jahren beschäftigt. Die Resultate ihrer rastlosen Bemühungen um rationales Bauverfahren, um billige und stabilste Baumaterialien, um den zweckmäßigsten Grundriß des Klein- und Miethauses liegen in der Weißenhofsiedlung von Stuttgart offen vor jedermanns Auge. Hier kann man sich überzeugen, was das Betonguß- und das Trocken-montageverfahren, was Stahlröhren- oder Holzgerüst zu leisten ver-mögen, hier ist die Preisgrenze von 20 000 M. für das Einfamilienhaus mit 5 bis 6 Zimmern und komfortabelstem Zubehör häufig weit unterboten, und Reihenhäuser mit Gärten für eine sechstöpfige Familie werden gezeigt, die als Monatsmiete noch nicht 50 M. erreichen.

Da haunt der Vale, aber freilich: so etwas ist nicht in Berlin möglich, sondern in Frankfurt a. M., wo die Kommune 56 Proz. ihres eigenen Bodens besitzt und darum, unter der Leitung des aus-geszeichneten Baurats Ernst May, jährlich viele Tausende von Kleinwohnungen in schönster Lage vor den Toren errichten kann.

Eines dieser Frankfurter Typenhäuser, die bei gleichartiger Norm fabrikmäßig zu hunderten aus Betonstützlagern hergestellt werden und davon so billig sein können, sieht auf dem Weißenhof als Muster einer sozialen Wohnfürsorge, die leider fast ohne Ran-tierung in Deutschland ist. Zu diesem Reihenhaus mit Garten gehört auch die komplette Einrichtung einer Musterküche, die im Frankfurter Stadtbauamt von einer Frau mit äußerster Sachkunde

und mehr als 35 warme Tage festgestellt werden, wobei als sehr heiße Tage eine mittlere Tagestemperatur von 25 Grad Celsius angenommen werden muß. Wenn man die Sommertemperaturen der letzten 100 Jahre überblickt, dann gab es nur sechs Jahre, näm-lich 1834, 1865, 1868, 1911, 1917 und 1925 mehrere sehr heiße Tage, an denen mittlere Durchschnittstemperaturen von mehr als 25 Grad gezählt wurden. Die Höchsttemperaturen dieser Tage betragen meist mehr als 30 Grad und nur in den drei Jahren 1834, 1866 und 1911 kamen höchste Tagestemperaturen von mehr als 40 Grad vor. Die größten Hitze fallen meistens in die Hundstage. Die große Hitze dauert gewöhnlich, wie die Statistik zeigt, zwei Wochen und etwas darüber. Die bis jetzt längsten Serien aufeinanderfolgender heißer Tage betragen in Berlin seit 1848 fünfzehn im Monat Juli 1865, fünfzehn im Juni und sechzehn im August 1864 und sechzehn im Juli 1858, Juli 1859, August und September 1886 und zwanzig im Juli 1925. Die längste Hitzeperiode wies der Juli und August 1834 mit 22 Tagen auf. Die höchste in Berlin gemessene Temperatur brachte der 16. Juli 1904 mit 36,4 Grad Celsius. Der 1. Juli 1905 erreichte ihn mit 36,2 Grad beinahe. Der höchste in ganz Nord-deutschland jemals gemessene Wert dürfte im August 1892 zu Grün-berg in Schlesien mit 38,0 Grad Celsius zu verzeichnen gemessen sein. Hier sind natürlich nur die Schattentemperaturen berück-sichtigt. In der Sonne steigt die Hitze oft auf über 40 Grad.

Interessant ist, daß die heißen Sommer immer gruppenweise auftraten. Von 1756 bis 1770 folgten hintereinander 15 warme Sommer, von 1791 bis 1798 acht warme Sommer, von 1778 bis 1783 sechs und je drei von 1826 bis 1828, 1857 bis 1859, 1895 bis 1897, 1904 bis 1906 und 1911 bis 1913. Die Hitzeperioden schmanten also in ihrer Länge, wie wir leben, nicht erheblich. Dies hängt von der Weltgestaltung ab, die in diesen Tagen des Hochsommers ziemlich gleichartig ist. Eine längere Dauer hatte nur die Hitzeperiode des Jahres 1911. Das Wagnisjahr 1911 gehört wegen der langen Hitze-dauer zu den besten Weinjahren. Die große Hitze bringt viel Segen und viele Gefahren mit sich. Der größte Segen beruht darin, daß die Ernte auf eingebracht werden kann. In diesem Jahre könnten wir eine längere Hitzeperiode gut brauchen, da die ungeheure Menge der Niederschläge im Juni und Juli der kommenden Ernte manchen Abbruch getan hat.

Was die russische Jugend liest. „Sage mir, was du liest, und ich werde dir sagen, wer du bist.“ Diese Umformung eines alten Sprichwortes enthält gewiß viel Wahres, und aus diesem Grunde verdient die Art der Lektüre besondere Beachtung. Die „Lehrer-zeitung“ bietet einen wertvollen Beitrag zum Verständnis der russischen Schuljugend, indem sie nach den Wochenberichten zur kulturellen Verbindung der Sowjetunion mit dem Ausland eintrags über die Lektüre der russischen Jugend zusammenstellt. Die russischen Schüler lesen durchschnittlich in der Woche ein Buch, bei zwei bis drei Stunden täglicher Lektüre. Die ältere Jugend liest allerdings bedeutend weniger, da sie mit allen möglichen Sitzungen und Kom-missionen zu viel beschäftigt ist. Trotzdem lesen auch die Sechzehn- und Siebzehnjährigen: sie lesen beim Essen, in der einen Hand den Vöfel und das Buch vor den Augen, in den Strohhalm, wo sie mit der einen Hand bezahlen und mit der anderen ein Buch von Jack London halten, sie lesen, auch im Kino in den Pausen freilich nur

## Schwerer Zusammenstoß in Berlin N.

Zwei Schwer-, zwei Leichtverletzte.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich heute früh gegen 7 1/2 Uhr zwischen einem Straßenbahnzug der Linie 68 E und einem Lastkraftwagen im Norden Berlins an der Ecke See- und Müllerstraße. Die Fahrzeuge prallten mit großer Wucht zusammen, daß der Vorderperron des Triebwagens völlig eingedrückt wurde. Sämtliche Fenster Scheiben gingen in Trümmer. Während die Fahrgäste, die im Innern des Wagens saßen, mit dem Schrecken davonkamen, wurden mehrere Personen, die auf dem Vorderperron standen, erheblich verletzt. Der 27jährige Arbeiter Otto Lamm aus der Weichselstraße 59 zu Neukölln, der 21jährige Hermann Leonhard aus der Gartenstraße 71 und der Führer des Wagens, R. Nordmann aus der Christianialstraße 101 jagen sich Armerverletzungen und schwere Brustquetschungen zu. Alle drei mußten zur nächstgelegenen Rettungsstelle im Paul-Gerhard-Stift gebracht werden. Ein vierter Verletzter, der über innere Schmerzen klagte, begab sich in privatärztliche Behandlung. Lamm konnte nach Anlegung von Rotorbinden in seine Wohnung gebracht werden. Nordmann verblieb im Paul-Gerhard-Stift, während Leonhard in das Birchow-Krankenhaus übergeführt wurde. Der Sachschaden ist sehr erheblich, die Schuldfrage noch ungeklärt. Durch den Vorfall entstand eine Verkehrsstörung von ziemlich einhalbstündiger Dauer, so daß zahlreiche Arbeiter und Angestellte nur mit Verspätungen ihre Arbeitsstätten erreichen konnten.

## Alle Silberkästen leer.

Mysteriöser Schmud- und Silberdiebstahl in Potsdam.

Ein geheimnisvoller Diebstahl in der Villa des verstorbenen Arztes Dr. Dannenberg in Potsdam, Hohenzollernstraße 26, ist heute entdeckt worden. Als Frau Dr. Dannenberg vor einigen Tagen von einem zweistündigen Ausgang in ihre Villa zurückkehrte, sah sie auf dem Fußboden ein Silberbesteck liegen. Frau Dannenberg schloß das Büffet auf, um das Besteck einzuräumen und stellte mit Entsetzen fest, daß sämtliche Silberkästen leer waren. Dutzende von Gabeln, Messern, Dessertgabeln, Fischmesser, vergoldete Kompottschüsseln u. a. sind gestohlen. Ferner fehlten ein goldener, in Platin gefaßter Ring mit Brillanten, ein goldener Ring mit Brillanten und Perlen. Beide haben einen Wert von 3400 Mark. Sonderbarerweise waren sowohl Zimmer wie sämtliche Schlösser zum Büffet unversehrt geblieben. Personal kommt als Dieb nicht in Frage. Sollte sich der Verdacht der Bestohlenen als richtig erweisen, so kann man hier mit einer aufsehenerregenden Entdeckung rechnen. Der Täter oder die Täterin muß zu allen Türen und Schränken Schlüssel besessen haben.

## Es soll weiter schön bleiben.

Gestern hatten wir in Berlin bei klarem Himmel um die Mittagsstunde 27 Grad Celsius; die Temperatur stieg in den Nachmittagsstunden noch um etwas über einen Grad. Auch heute herrschte trotz des bedeckten Himmels eine drückende Schwüle. Morgens um 8 Uhr wurden an der Quersilberstraße 25 und gegen 12 Uhr mittags 27 Grad gemessen. Wie der Amalthea Wetterdienst mitteilt, soll nach vorübergehender Trübung wieder heiteres Wetter einziehen. Technisch lautet die Wetterprognose für Deutschland. Nach ostwärts fortschreitenden leichten Gewitterregen, die etwas Abkühlung bringen, tritt wieder eine Aufhellung bei steigenden Temperaturen ein.

## Feuer bei Kahlbaum.

In einem Lagerraum der Chemischen Fabrik Kahlbaum u. Co. Glienicke Weg in Adlershof, brach heute vormittag aus noch unbekannter Ursache Feuer aus. Die Feuerwehre war mit vier Löschzügen längere Zeit an der Brandstätte tätig. Es mußte aus I-B- und J-C-Schlauchleitungen Wasser gegeben werden.

Sommerfest der Jungstunde im Lunapark. Die Leitung der Jungstunde veranstaltet zum erstenmal in diesem Jahre, am 6. August, ein großes Sommerfest im Lunapark, dessen Reinertrag restlos wohltätigen Zwecken zuzuführen wird. Ein überaus reichhaltiges Programm unter Mitwirkung namhafter Künstler wird den Besuchern geboten werden. Den Konzertteil bestreiten das Berliner

oberflächlich und schnell. Die Klaffler sind so ziemlich abgetan, aber in der Schule hat man in neuester Zeit die Leistung klassischer Schriften wieder eingeführt. Im allgemeinen liebt die russische Jugend lieber die modernen Romane des Auslandes, Bücher von Jack London, Bernhard Kellermann oder Lewis Sinclair; bei Tolstoi oder Gorki begnügt sie sich mit „ausgewählten Werken“, die in zahlreichen billigen Ausgaben erschienen sind. Den Durst nach Abenteuergeschichten befriedigen auch Bücher, wie die alten Romane von Scott und die modernen von Hans Heinz Ewers. Aber die moderne russische Jugend begnügt sich nicht mit Büchern, die das gegenwärtige Leben behandeln; sie verlangt besonders nach der Schilderung sozialer Misspotten und großer Zukunftsgemalder, wie geheimer Länder und übertragender Persönlichkeiten. Daneben wird auch die Sonettliteratur gelesen, wobei der „Eiserne Strom“ und „Zement“ von Gladow an erster Stelle stehen. Die Mädchen bevorzugen „Onkel Toms Hütte“, „Die Kapitänstochter“ und „Die kleinen Frauen“, die Knaben „Robinson“, „Die Kinder des Kapitän Grant“, „Taras Bulba“ und „Tajfont, die brotreiche Stadt“.

Der deutsche Werkbund zur Duisburger Denkmalschändung. Wie die Duisburger Städtische Pressestelle mitteilt, hat die Nordwestdeutsche Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes in Essen eine Entschuldigungsgehalt, in der angeführt der Duisburger Denkmalschändung gegen die unverdorbene Hebe gegen das Werk des großen verstorbenen Künstlers Behnme protestiert wird. Die Arbeitsgemeinschaft fordert die gesamte Bevölkerung anständiger Gesinnung auf, sich dafür einzusetzen, daß durch die Vandalentat die Aufstellung des hervorragenden Kunstwerks an öffentlicher Stelle nicht endgültig verhindert wird.

Die Esperantisten in Danzig. Der Danziger Völkerverbandskommissar von Hamel empfing Montag etwa 150 Teilnehmer des 19. Internationalen Esperanto-Kongresses, der gegenwärtig in Danzig stattfindet. Im Verlauf des Empfanges erklärte er, da der Völkerverbund keine eigene Sprache habe, spreche er in der Sprache der Stadt, die den Esperantisten gegenwärtig Gastrecht gebe, nämlich in deutscher Sprache. Er habe persönlich in Genf Gelegenheit gehabt, festzustellen, welche Bedeutung Esperanto besonders für diejenigen Völker habe, deren Sprachen wenig gebräuchlich seien. Darüber hinaus aber müsse er als Vertreter des Völkerverbundes eine Bewegung besonders herzlich begrüßen, deren Ziel die Völkerverständigung sei.

Der erste weibliche Schachmeister. Fräulein Vera Mendel, eine 21jährige Schachspielerin, hat soeben bei dem Turnier der Frauenabteilung des britischen Schachklubs, das auf dem Schachkongress in Westminster stattfand, den Titel der ersten Schachspielerin errungen. Schon im Alter von neun Jahren hat sie sich in Moskau als Schachspielerin ausgezeichnet. Sie ist die Tochter einer englischen Mutter und eines tschechoslowakischen Vaters, der, nachdem er in Russland sein Vermögen verloren hatte, mit seiner Familie nach England emigrierte. Zur Schachspielerin hat sich Fräulein Mendel bei dem ungarischen Meister Morozov ausgebildet.

Zum Rektor der Berliner Universität für das Amtsjahr 1927-28 wurde der Ordinarius der alten Zoologie, Professor Eduard Borden, gewählt. Der neue Rektor ist am 59. Lebensjahr, er ist politisch ein äußerst rechtsstehender Mann, wie das Gros vieler Hochschullehrer.

# Wieder ein Gattenmord.

Die Frau eines Friseurs mit durchschnittener Kehle aufgefunden.

Ein Kapitalverbrechen wurde heute früh im Hause Zionskirchstr. 39 entdeckt. Hier betreibt in einem Kellerladen der Friseur Dittmer sein Geschäft. Als gegen 8 1/2 Uhr der Lehrling zur Arbeit erschien, fand er die Tür verschlossen und erhielt auf Klopfen und Rufen keine Antwort. Er verschaffte sich von der Hofseite aus Zugang und fand dort die 32 Jahre alte Frau Dittmer mit durchschnittener Kehle tot im Bett liegen. Der Friseur selbst war nirgends zu finden. Der Lehrling benachrichtigte das nächste Revier, das die Mordkommission alarmierte.

Seit über einem Jahre betreibt in dem Hause Zionskirchstr. 39 der 37 Jahre alte Friseur Walter Dittmer mit seiner Frau zusammen ein gutgehendes Geschäft. Die Räume, die in eine Herren- und eine Damenabteilung geteilt sind, liegen im hohen Erdgeschoß, während die Wohnung sich im Keller befindet und durch eine Wendeltreppe mit dem Laden verbunden ist. Das Geschäft hatte vollen Erfolg, daß Dittmer, der selbst ein ausgezeichneter Arbeiter ist, ständig fünf bis sechs männliche und weibliche Hilfskräfte beschäftigte. Das Kapital zur Einrichtung des Unternehmens hatte Frau Dittmer beschafft, die ebenfalls mit Hand anlegte. Einen auffälligen Gegensatz zu dem sauberen und ordentlich gehaltenen Laden bildet die Wohnung. Sie ist stark vernachlässigt und verkommen. Wie in der Gegend allgemein bekannt war, lebten der Friseur und seine Frau nicht glücklich miteinander. Die Frau war eifersüchtig, beschuldigte den Mann der Untreue, und Jont und Streit waren inselgedessen an der Tagesordnung. Wegen einer Angefallenen kam es gestern abend zwischen den Eheleuten wieder zu einem heftigen Zusammenstoß. Zu den weiblichen Hilfs-

kräften gehörte auch ein junges Mädchen, dem der Meister wiederholt Anträge gemacht hatte. Um diesen Nachstellungen zu entgehen, kündigte das Mädchen gestern — am 1. August — seine Stellung. Frau Dittmer, die die geschickte Arbeiterin gern behalten hätte, befragte sie nach dem Grund und das Mädchen sagte ihr offen die Wahrheit. Darüber geriet die Frau mit dem Mann in Streit. In Gegenwart der Angestellten machte sie ihm Vorwürfe, daß er nicht nur ihr Geld durchgebracht habe, sondern sich auch an kleinen Kindern vergangen habe und sie jetzt dafür sorgen werde, daß er ins Zuchthaus komme. Die Angestellten, die an solche lärmenden Ausfälle schon gewöhnt waren, kümmerten sich nicht weiter darum. Heute morgen um 8 1/2 Uhr kam als erster der Lehrling Granowski aus der Scharnweberstraße ins Geschäft. Als er Laden und Wohnung wider die Gewohnheit verschlossen fand und alles Klopfen nichts nützte, holte er sich einen Schloßer heran, der die Tür öffnete. Beim Betreten der Wohnung entdeckte er das Verbrechen.

Die alarmierte Mordkommission, Kriminalrat Gennat und Kommissar Dräger, trafen alsbald am Tatort ein und nahmen den Verdacht auf Frau Dittmer lag angeklagt auf dem großen zweischläferigen Bett. Die Kehle war ihr mit einem scharfen Messer, wahrscheinlich einem Rasiermesser, durchgeschnitten. Zwischen den Gatten muß ein heftiger Kampf getobt haben, die Kleider der Frau waren zerrissen und verschoben, mehrere Haarpongen lagen mitten im Zimmer, auf dem Fußboden und überall zeigten sich Blutspuren. Nach Zeugnisaussagen zu schließen, muß die Tat gegen 1 Uhr nachts verübt worden sein. Wie ausgetriebene Schußladen zeigen, muß der Mörder nach der Tat das Bett zusammengeführt haben und damit getödtet sein. Er konnte noch nicht ermittelt werden.

## Auswirkungen der Briefporto-Erhöhlungen.

Der Briefträger, der morgens gegen 8 Uhr die erste Post bringt, erscheint heute erst gegen 10 Uhr. „Heute ist überhaupt kein Fertigtwerden. Auf jeden zweiten Brief ist Nachporto zu bezahlen und kein Mensch hat Pennige im Haus.“ Dieser Rückstoß ins Publikum veranlaßt mich, einmal den Anlaß zu diesen Schwierigkeiten zu befragen: den Schalterverkehr auf den Postanstalten. Neugierig das gewohnte Bild, aber doch ist eine Unruhe in den Reihen der wartenden Menge, die sich durch gelegentliches Geschimpf auf die Postbehörde Luft macht. Die Abwicklung vollzieht sich sehr langsam. Die Schalterbeamten haben fast bei jedem Brief ausführliche Auskunft über die neuen Portoföhlungen zu geben. Besonders kompliziert gestaltet sich der Zahlverkehr auf Zahlkarten und Geldbonifikationen. Hier haben viele Leute, besonders die Bureauangestellten, nur das abgezählte Geld miterhalten, ohne zu wissen, daß ein gewaltiger Aufschlag auf den Portofosten für Geldverkehr liegt. Der Beamte legt die ausgefüllten und eingebundenen Quittungen beiseite und sendet die Kunden nach Hause, das fehlende Geld zu holen. Mander Unentwegte jedoch läßt sich nicht verbitten; er steht den alten Portoföhlungen weiter auf den Brief und überläßt es dem Empfänger, die Sache in Ordnung zu bringen. Die Pennige beim Herausgeben auf die Einzelmarken sind bei den Beamten schnell vergriffen; sie suchen sich manchmal so zu helfen, daß sie den Käufer einer 3-Pennig-Marke veranlassen, 3 Stück zu 24 Pf. zu kaufen, um dann ihm die 6 Pf. in Gestalt von zwei 3-Pennig-Praxen herauszugeben. Man sieht, daß Schöpsel bei seiner Pennigrechnung ein gutes Geschäft zu machen versteht.

### Briefmarkenautomaten.

Die Klagen über langes Warten an den halbbesetzten Postschaltern wollen nicht verkümmern. Empfindlich hieron werden diejenigen getroffen, die nur einige Freimarken oder Postkarte n gebrauchen und deswegen auf Abfertigung oft 10 Minuten und länger warten müssen. Dieser Unbehagen zeigt sich besonders bei den kleinen Postanstalten, wo nur ein Schalter tagsüber geöffnet ist. Die Lösung besteht aber heute „Zeit ist Geld“.

Die Reichspostverwaltung ist bemüht, der Bevölkerung die lange Wartezeit an den besetzten Schaltern abzukürzen. Aus diesem Grunde sind in den Schalterräumen der meisten großen Verkehrsämter Briefmarkenautomaten für die gangbarsten Werten — 10-Pf. und 5-Pf.-Briefmarken und Postkarten — aufgestellt. Die ersten Versuche mit 5-Pf. und 10-Pf.-Briefmarkenautomaten wurden gegen Ende des Jahres 1901 beim Postamt 66 in Berlin, Mauerstraße, ausgenommen. Im Jahre 1908 wurde dann auch der erste Postkartengeber eingeführt. Die Versuche wurden ständig fortgesetzt, so daß sich im Jahre 1910 bereits 500 Briefmarkengeber im Betriebe der Postverwaltung befanden. Während des Währungsverfalls versuchte die Post anfangs, die Automaten durch Umbau auf Abgabe höherer Freimarkentwerte den jeweiligen Zeitverhältnissen anzupassen. 1921 war dies aber nicht mehr möglich, und die Automaten mußten aus dem Betriebe zurückgezogen werden. Die Einführung der neuen Währung forderte wieder die Inbetriebnahme der Automaten. Durch Umbau der Münzprüfer wurden die alten Automaten — Apparate mit elektrischem

Antrieb und Federwerktontrieb — wieder betriebsfertig gemacht. Gleichzeitig ist ein neuer Typ — Automaten mit Handantrieb — eingeführt worden. Mitte 1926 waren im Reichspostgebiet — ausgenommen Bayern und Württemberg — bereits 1700 Automaten, davon allein in Groß-Berlin rund 320 Stück, aufgestellt. In letzter Zeit sind vornehmlich Wertzeichengeber gebaut worden, die sich zur Aufstellung im Freien eignen. Sie sind beratig mit Wetterschutz ausgestattet, daß ein Zusammenleben der Markenrollen verhindert wird. In Groß-Berlin finden wir solche Apparate vor Posthäusern, auf Bahnhöfen der Stadt-, Hoch- und Untergrundbahn. Durchschnittlich werden durch einen Briefmarkenautomaten im Freien 536 Briefmarken zu 10 Pf., 603 zu 5 Pf. und 266 Postkarten abgefeilt, während ein Automat im Schalterraum eines Postamts nur 228 Briefmarken zu 10 Pf., 350 zu 5 Pf. und 138 Postkarten verkauft. Der Bevölkerung ist somit Gelegenheiten gegeben, Freimarken und Postkarten zu jeder Tages- und Nachtzeit aus diesen Automaten zu entnehmen. Auch wird auf diese Weise mancher Weg zu einem entlegenen Postamt abgekürzt oder erspart.

Heute schon kann gesagt werden, daß die Automaten technisch sehr gut durchgebildet sind, und Störungen kaum noch auftreten. Beim Versagen der Heber erstatten die Postämter, falls die Geldstücke nicht gleich selbst ausgeföhren werden, die eingeworfenen Beträge. Münswert wäre es daher, wenn die Bevölkerung die Automaten mehr noch als bisher in Anspruch nimmt, damit die für sie so bequem geschaffene Einrichtung auch voll ausgenutzt wird. Die Postwertzeichenausgaben sind bisher nur im Betriebe der Deutschen Reichspost aufgestellt. Die Postverwaltung hat aber nichts dagegen, wenn auch Privatbetriebe — Warenhäuser und Restaurants — Automaten auf eigene Rechnung (!) anbringen lassen und unterhalten, so daß die Postämter für diese Automaten nicht verantwortlich sind. Zu begrüßen wäre es, wenn hiervon größerer Gebrauch gemacht wird. Das Reichspostministerium vermittelt unter Umständen die Anfertigung solcher Automaten, deren Stückpreis mit rund 400 M. zu veranschlagen ist.

### Der Groschen auf Treu und Glauben.

Man schreibt uns: Hand in Hand mit dem Sturm der Empörung über die häusliche Telefongebührenerhöhung ging die lächelnde Freude über das verblüffte Sprechen am Telephonautomaten. Aber wie nun mal alles auf der Welt sein „Nides Ende“ hat, so zeigt auch diese äußerliche Wohltat tief in ihrem Innern eine teuflische grinsende Frage. Die öffentliche Sprechgebühr wurde von 15 Pf. auf 10 Pf. herabgesetzt; gut, sogar sehr gut. Aber — — — Während die früher vorausgelagten 15 Pf. insofern eine sichere Kapitalanlage bildeten, als man den Gegenwert in Form eines Gesprächs einlieferte und nur zahlte, wenn man auch tatsächlich sprach, so muß jetzt der Groschen auf Treu und Glauben im Voraus geproffert werden, gleich, ob der Sprechpartner sich meldet oder nicht. Als Entschädigung für die Abwesenheit des Gewünschten stellt einem das Amt den Anruf irgendeiner anderen Nummer zur Verfügung. Wenn man nun dringenden Herrn Schulze zu sprechen wünscht, ist schließlich ein Notgespräch mit Herrn Lehmann nicht daselbe. Gibt es da keinen Ausweg? Das Fräulein vom Amt meint, ein Groschen sei schließlich kein großes Risiko. Wenn man aber das Risiko so und so oft eingeht?

## Schweres Fesselballonglück in Frankreich.

15 Reservisten verlegt.

Paris, 2. August.

Wie die „Humanité“ mitteilt, kam es infolge der Sorglosigkeit der Militärbehörden und der Unfähigkeit eines Offiziers bei Mandona mit einem Fesselballon zu einem schweren Unfall in Valdahon bei Besancon. Dabei wurden 15 Reservisten verlegt. Drei mußten in hoffnungslosem Zustande in das Hospital übergeführt werden. Die Reservisten sollen die weitere Teilnahme an den Mandona verweigern. Unter ihnen und der Fesselballon herrsche große Erregung.

## Großfeuer durch Blitzschlag.

Ein Dorf nahezu niedergebrannt.

Karlsruhe, 2. August. (T.)

Durch Blitzschlag entstand gestern abend in dem Dorfe Niedolsheim bei Karlsruhe ein Großfeuer, das sich infolge starken Sturmes sehr rasch ausbreitete. Ganze Straßenzüge wurden vernichtet. Die von allen Seiten zur Hilfeleistung herbeigeeilten 20 Feuerwehren konnten infolge Wassermangels nicht verhindern, daß dem Brande über 30 Häuser zum Opfer fielen. Zahlreiches Vieh ist umgekommen. Der Materialschaden beträgt zwei und eine halbe Million Mark.

Einen schrecklichen Fund machten wieder Spaziergänger im Jagen 42 der Kahlendorfer Forst. In Bad-, Zeitungspapier und Wasserstoff eingewickelt lag dort die Leiche eines neugeborenen Kindes, die schon fast zerfallen war. Allem Anscheine ist die kleine Leiche vercharrt gewesen und durch einen Hund ausgegraben worden.

## Explosion eines japanischen Minenlegers.

38 Mann getötet.

Tokio, 2. August. (W.B.)

Amlich wird bekanntgegeben, daß bei der Explosion auf dem japanischen Minenleger „Tokiwa“ 38 Mann getötet wurden, darunter fünf Offiziere. 47 Mann wurden verwundet.

## Grubenunglück in Glasgow.

Glasgow, 2. August. (W.B.)

In einem Bergwerk in der Nähe von Glasgow wurden zehn Bergleute infolge einer Grubenexplosion von der Außenwelt abgeschlossen. Nach siebenstündiger Arbeit gelang es, die verschütteten zehn Bergleute aufzufinden und zu bergen. Zwei waren tot, die übrigen acht schwer verletzt.

# Internationaler Gewerkschaftskongress.

Saffenbach gibt den Geschäftsbericht.

J. S. Paris, 2. August. (Eigenbericht.)

In der heutigen Vormittagsitzung wurde zunächst die Manuskriptprüfungs-Kommission gewählt. Saffenbach kommentierte dann kurz den Rechnungsbericht des IGB, und wies darauf hin, daß sich in den letzten drei Jahren die Kräfte des IGB stabilisiert hätten. Es wäre notwendig, daß eine Aufwärtsbewegung eintritt, aber vielleicht ist es auch gut, wenn diese Aufwärtsbewegung nicht zu stürmisch vor sich geht.

Caballero-Spanien kritisiert das eigenmächtige Vorgehen von Brown bei der Organisation der Reise nach Mexiko.

Lindley-Schweden tritt dagegen für Brown ein und behauptet, daß die Kritiken nur hervorgerufen worden seien durch die Ähnlichkeit zwischen Dudgeest und Brown. Er kritisiert, daß man ein Rundschreiben herausgegeben habe, in dem geradezu vor der Delegation nach Mexiko gewarnt worden sei.

Grahamm-Deutschland: Wir sind gewohnt mit dem Möglichen und Erreichbaren zu rechnen und werden uns deshalb in unserer Kritik um so mehr beschränken, weil wir wissen, daß wir vor dem Forum der Welt sprechen. Ueber die Fragen der Finanzen und des Personalbestandes des IGB wird später zu reden Gelegenheit sein. Der IGB muß mehr als bisher die Sozialpolitik verfolgen und fördern, ganz besonders in den nicht angeschlossenen Ländern und insbesondere für die Ratifikation des Abkommens von Washington eintreten. Mehr als bisher muß er sich den wirtschaftlichen Fragen widmen. Der Krieg gegen den Faschismus wird um so erfolgreicher sein, je mehr Einfluß und Einblick in die Wirtschaft wir haben. Die politischen Fragen sind in der Sozialistischen Arbeiterinternationale überlassen.

Der IGB hat sich vor allen Dingen auf die wirtschaftlichen Fragen zu konzentrieren. Unbedingte Einigkeit, besonders in der Führung, sei notwendig. Er kommt auf die Vorgänge in Genf zu sprechen und bedauert, daß durch den Mangel an Einigkeit in Genf bei der Internationalen Arbeitskonferenz wie bei der Frage der Gewerkschaftsfreiheit eine Schlappe erlitten hätten.

Grahamm kritisiert dann eingehend, wenn auch sehr maßvoll, die Haltung von Purcell, des bisherigen Vorsitzenden. Auch die Unstimmigkeiten innerhalb des Sekretariats des IGB, berührte Grahamm dann und sagte, daß sie mit dazu beitrügen, daß der Einfluß des IGB zurückgehe. Persönlichkeiten, die sich nicht einfügen können, müssen verschwinden. (Starker Beifall.)

## Jouhaux gegen Purcell.

Paris, 2. August. (W.T.B.)

Die Stelle in der Eröffnungsrede des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes A. A. Purcell, gegen die sich Jouhaux als Mitglied des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes wendete, hat folgenden Wortlaut:

„In Russland haben die Arbeiter mit einem grenzenlosen Mut die Kontrolle eines ungeheuren, im wesentlichen Ackerbau betreibenden Landes trotz der wirtschaftlichen und militärischen Opposition des Weltkapitals und um den Preis der tragischsten Rückschläge mit den Arbeitern Westeuropas übernommen. Russland hat das rote Banner hochgehalten. Zehn Jahre lang haben unsere russischen Genossen angesichts ungeheurer Schwierigkeiten Ordnung in das raimlose Chaos gebracht, das die Zarenherrschaft, der Krieg und die Revolution ihnen hinterlassen hatten. Sie haben Industrie und Wirtschaft stabilisiert und eine große Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschaffen.“

Nach Beendigung der Erklärung Jouhaux erwiderte Purcell, daß er nur seine persönliche Ansicht, nicht aber die des Vorstandes in seiner Gesamtheit zum Ausdruck gebracht habe.

Für den Kongress handelt es sich nicht darum, die persönliche Ansicht seines Vorsitzenden Purcell kennen zu lernen, sondern um die Auffassung der Leitung des IGB.

# Internationale Friseurgehilfenkonferenz.

Die Internationale Union der Friseurgehilfen hielt ihren fünften Kongress in den Tagen vom 26. bis 28. Juli in Paris ab, wo schon der dritte Kongress für August 1914 — vorbereitet war. Abgesehen von kommunalistischen Einflüssen, die in Frankreich zu einer dreigegliederten „Einheitsfront“ führten, in Finnland zur Zerschlagung der Organisation und in der Tschechoslowakei zu einer Moskautschwärmerei in der Leitung der an die nationalsozialistischen Landeszentrale angeschlossenen Organisation, hat die Friseurgehilfen-Union trotz ihres Währungsbestehens noch nicht die notwendige Ausbreitung gefunden. Die kleineren Verbände konnten den Kongress aus finanziellen Gründen nicht besichtigen, während die dänische Organisation in Kopenhagen seit 12 Wochen einen Abwehrkampf gegen die Verfüzung der Löhne zu führen hat und deshalb ihr Fernbleiben entschuldigte. Der Kongress sprach dem dänischen Verbande seine Sympathie aus, mit dem Wunsche, daß er die von den Meistern in Kopenhagen inangestimmte Aussperrung von etwa 300 Gehilfen erfolgreich überwinden möge.

Zu Vorsitzenden wurden Eklorn-Berlin und Pagés-Paris, als Schriftführer Priechn-Bien bestimmt. Das Internationale Arbeitsamt war durch den Genossen Topalowitz vertreten, der deutsche Verband durch Lorenz-Berlin, Hampel-Dresden und Weng-Stuttgart.

Zugunsten der Freilassung von Sacco und Vanzetti sagte der Kongress eine Entschließung, die der amerikanischen Gefandtschaft in Frankreich übermittelt wurde.

Zur Organisationsfrage beantragt die österreichische

Delegation, die jeweiligen Erhebungen der Union über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch statistische Uebersichten über die Kosten der Lebenshaltung zu ergänzen, um über die Reallohne einen besseren Ueberblick zu gewinnen. Eine derart umfangreiche Erhebung konnte nicht zugelassen werden.

Den beiden Organisationen in der Tschechoslowakei wurde empfohlen, sich auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung zu einigen. Der nächste Kongress soll endgültig entscheiden.

Ein Antrag des ungarischen Verbandes, zureisende unorganisierte Gehilfen in keiner Weise zu unterstützen, soll den übrigen Verbänden zur Kenntnis gebracht werden, mit dem Hinweis, daß es nicht Aufgabe der Organisation sein kann, unorganisierte abzustößen, es vielmehr ihre Aufgabe sein muß, sie heranzuziehen.

Die Lehrlingsfrage behandelte der Vorsitzende des deutschen Verbandes, Kollege Lorenz, in einem instruktiven Referat. Die Entschließung des Wiener Kongresses in dieser Frage wurde erneut bestätigt.

Eine längere Debatte rief der vom Vorstande der Union gestellte Antrag hervor, der unter grundsätzlicher Betonung der Freizügigkeit gewisse Beschränkungen der einzelnen Länder mit großer Arbeitslosigkeit gegen die Zulassung von ausländischen Arbeitern anerkennt, jedoch fordert, daß zum Zwecke der beruflichen Weiterbildung von den Organisationen der Friseurgehilfen empfohlene Kollegen zur Arbeit zugelassen werden sollen. Die vorgelegte Entschließung fand keinen Anklang, auch nicht die von den französischen Delegierten ausgearbeitete Entschließung. Beschlossen wurde, die Angelegenheit den einzelnen Verbänden zur Stellungnahme zu unterbreiten und die Entscheidung dem nächsten Kongress zu überlassen.

Pogés-Paris behandelte in längerem Vortrag das Thema: Mode und Beruf. Nach einem Ueberblick über die neuere sachliche Entwicklung wird die sachliche Ausbildung eingehend behandelt, wozu die Lehrer der Pariser Fachschule und deren Leiter Rambaud wertvolle Beiträge geliefert haben. Das Referat soll dem Protokoll des Kongresses als besonderer Teil beigegeben und auch in französischer Sprache in größerer Auflage herausgegeben werden.

Der Kongress sprach den beteiligten französischen Kollegen seinen Dank für ihre Arbeit aus, die in der gesamten Fachpresse großen Anklang finden wird.

Drei Anträge des norwegischen Verbandes, die von dessen Vorsitzenden, Hulbak, begründet wurden, gingen davon aus, daß verschiedene Verbände auf Anträgen des norwegischen Verbandes nicht antworteten, weshalb die Ernennung besonderer Korrespondenten notwendig sei. Unter Hinweis auf die Satzungen der Union, die die Verbände zu Auskünften an die Bruderorganisationen verpflichten, und der Erklärung, daß die betreffenden nicht vertretenen Organisationen an ihre Pflichten erinnert werden, wurden diese Anträge als erledigt erklärt.

Ueber die Arbeitszeit referierte Priechn-Bien. In der von ihm empfohlenen Entschließung wird festgestellt, daß noch in keinem Lande die Arbeiterkassenaufhebung zur Sicherung des Achtstundentages gekommen ist. Der Kongress fordert daher die gezielte Durchführung des achtstündigen Arbeitstages und appelliert an die Friseurgehilfen, ihre Organisation gehörig zu stärken, um aus eigener Kraft dieses Ziel zu erreichen. Das Internationale Arbeitsamt wird erjucht, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu betreiben. Ein Antrag der französischen Delegation, für die in Frankreich vielfach bestehende englische Arbeitswoche einzutreten, d. h. der Sonntagsarbeit bis 1 Uhr mittags eine Arbeitsruhe bis Dienstag früh folgen zu lassen, fand keinen Anklang, da die Mehrzahl der Delegierten für die vollständige Sonntagsruhe eintraten, die sie in ihren Ländern bereits erreicht haben.

Die bereits durch Abstimmung erfolgte Beitragsfestsetzung mit 15 Pf. pro Mitglied und Jahr wird vom Kongress bestätigt. Die Kongresse sollen fortan nur alle drei Jahre abgehalten werden. An Stelle des bisherigen Vorstandes der Union tritt wieder ein Sekretär, wozu Eklorn-Berlin einstimmig gewählt wurde. Der nächste Kongress soll möglichst in Kopenhagen abgehalten werden.

## Ausperrung von 3500 Arbeitern in Budapest.

Wien, 2. August. (W.T.B.)

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest, daß am vergangenen Sonntag die Vereinigte Glühlampen- und Elektrizitäts A. G. ihren Betrieb geschlossen und 3500 Arbeiter ausgesperrt habe. Die Aussperrung erfolgte, da die Arbeiterschaft schon seit längerem mit Lohnforderungen hervortrat, zu deren Durchsetzung man in einzelnen Betrieben Teilstreiks veranstaltete.

Da in den verschiedenen Eisen- und Maschinenbetrieben in jüngster Zeit bereits Teilstreiks durchgeführt wurden, glaubt man, daß auch in den übrigen Fabriken nach dem Beispiel der Vereinigten Glühlampenfabrik eine Aussperrung der Arbeiter erfolgen wird.

## Minierarbeit in England.

London, 2. August. (W.T.B.)

Eine hier abgehaltene Versammlung der Lokalorganisation des Verbandes der Seelente billigte mit großer Mehrheit den Entschluß der Verbandseitung, 10 000 Pfund zinslos der von dem Parlamentsmitglied George Spencer ins Leben gerufenen „unpolitischen“ Bergarbeitergewerkschaft zur Verfügung zu stellen. Verschiedenen Delegierten wurde der Zutritt zur Versammlung verweigert. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über eine Entschließung beraten, in der der Verband der Seelente sich gegen die radikalen Einflüsse in der Gewerkschaftsbewegung ausspricht und die Verbandseitung auffordert, auf das Zustandekommen eines „unpolitischen“ Gewerkschaftsverbandes hinzuwirken.

Havelock Wilson, der Führer der Seelente, hält offenbar die Zeit für gekommen, um seine Karte aufzudecken.

## Entlassungen auf englischen Werften.

London, 1. August.

Die englische Admiralität gibt bekannt, daß über 800 Arbeiter in den verschiedenen Regierungskontakts ihre Kündigung erhalten haben oder noch erhalten werden. Als Grund für die Entlassung wird angegeben, daß gewisse Arbeiten, die in dem Berftsprogramm vorgehoben waren, nunmehr nicht zur Ausführung gelangen. Es sei damit zu rechnen, so heißt es weiter, daß aus Sparmaßregeln rücksichtliche weitere Entlassungen folgen müßten. Im Unterhaufe war das Vorgehen der Admiralität Anlaß zu einer Kritik, der sich auch konservative Abgeordnete angeschlossen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

# Wirtschaft

## Mittel- und Großbesitz in der Landwirtschaft. Eine widerlegte Behauptung.

Von den Tabellen, die das Statistische Reichsamt dem Bericht über die am 16. Juni 1925 durchgeführte landwirtschaftliche Betriebszählung beigegeben hat, verdient die nachstehende noch einmal besonders hervorgehoben zu werden:

Größenklassen nach der landwirtschaftlich benutzten Fläche	Zahl der Betriebe		Wasser- und Fläche d. Betriebe	
	1925	1926	1925	1926
	Betriebe	Proz.	ha	Proz.
5 a bis 2 ha	3 027,4	59,4	2 577,0	55,5
2 „ 5 „	804,4	17,6	886,6	19,1
5 „ 20 „	956,1	18,8	931,0	20,0
20 „ 50 „	174,2	3,4	197,7	4,8
50 „ 100 „	25,7	0,5	30,8	0,7
100 „ 200 „	8,9	0,2	8,7	0,2
200 und mehr	9,8	0,2	10,2	0,2
Zusammen:	5 096,5	100,0	4 642,0	100,0

Die besondere und nochmalige Hervorhebung dieser Tabelle erscheint uns wegen der immer wieder zu hörenden Behauptung notwendig, daß die dem Mittel- und Großbesitz gebörende Bodenfläche gar nichts bedeutet gegenüber der Fläche, über die der Kleinbesitz in seiner Gesamtheit verfügt. Deutschland sei, so erklärt man weiter, das typische Land der Kleinbesitzermacht.

Was sagt nun diese Tabelle, wenn bei ihrem Studium von dem durchaus haltbar erscheinenden Grundsatze ausgegangen wird, daß die Grenze zwischen Kleinbesitz einerseits und Mittel- und Großbesitz andererseits bei 20 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ist? Sie sagt: Auf den Kleinbesitzerstand, der mit 4,9 Millionen gleich 95,7 Proz. aller gezählten landwirtschaftlichen Betriebe aufwarten kann, entfällt eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 13,7 Millionen Hektar gleich 53,5 Proz.; auf den Mittel- und Großbesitzerstand dagegen, der nur mit 218 000 gleich 4,3 Proz. aller gezählten landwirtschaftlichen Betriebe zu Buche steht, 11,9 Millionen Hektar oder 46,5 Prozent.

Mit dieser Feststellung ist die eingangs erwähnte Behauptung nicht bekräftigt, sondern widerlegt. Es kann ausgesprochen werden, daß einige hunderttausend Mittel- und Großbesitzer über ein Flächenareal verfügen, das fast so groß ist wie jenes, in das sich Millionen kleiner Besizer teilen müssen.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit veröffentlichte soeben die Vorträge von seiner Tagung vom 15. März d. J., die sich hauptsächlich mit der Rationalisierung in verschiedenen Gewerbezweigen befaßte und dazu eingehende Referate brachte. Wir haben über die Veranstaltung seinerzeit berichtet. In dem vorliegenden Protokoll befinden sich die Antrags- und Referate von Dr. ing. C. F. v. Siemens und v. Hinnenthal, ferner die eingehenden Darlegungen von Direktor Franz Schulz über die Rationalisierung in der Motorindustrie, von Dr. Tiburtius über den Einzelhandel, von Stadtrat E. May über Rationalisierung im Baugesamten und Direktor R. Desterreicher über Ergebnisse der Rationalisierungsmaßnahmen. Die Schrift enthält eine Reihe von charakteristischen Abbildungen und Tafeln und stellt so einen wichtigen Beitrag zu der Frage der Reorganisation der deutschen Industrie dar. Sie wird Interessenten auf Wunsch kostenlos zur Verfügung gestellt.

Internationale „aktivierte Kohle“. Ein bemerkenswertes Abkommen in der chemischen Industrie ist zwischen der deutschen IG Farbenindustrie und der amerikanischen Urboin Corporation abgeschlossen worden. Die französische Tochtergesellschaft dieses amerikanischen Unternehmens, die Societe de Charbonnes, die ihr Kapital um 50 bis 100 Millionen Franken zu erhöhen beabsichtigt, soll nach diesem Vertrag eine Reihe von deutschen Patenten der „aktivierten Kohle“ zur Bewertung außerhalb Deutschlands übernehmen. Man versteht unter aktivierter Kohle chemisch aufbereitete Kohlenarten, die sich zum Reinigen und Entfärben eignen und daher in einer ganzen Reihe von Industrien Verwendung finden. Bereits früher hatte die amerikanische Gesellschaft der deutschen die Patente durch gerichtliche Klagen strittig gemacht. Nach dem Misserfolg dieser Klagen haben sich die beiden streitenden Brüder zur Zusammenarbeit bereit gefunden.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: A. Ceterius; Gewerkschaftsbewegung: Reich; Kultur: Reichstein; R. S. Richter; Politik und Sozialist: Fritz Reuß; Anzeigen: Th. Gode; Sanität in Berlin: Verlag: Bornhöft-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhöft-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64  
Vom 2. bis 4. August 1927  
**Wie heirate ich meinen Chef?**  
Auch dem:  
Die Indianerschlacht von Santa Fe.

Special-  
kursus,  
zur Heilung  
des Ischias  
in 13 Tagen sind  
schwere Fälle beseitigt werden. Gesamtzahl Teilnehmer  
Leitungs- und Lehrkurs, Arzt, empfohlen.  
Lehrstühle 1-6, 9-11, 1-4, Sonntag 10-12, auch

**Bad Salzungen** Lippe  
Südzelt: März bis November  
Kostenlose Auskunft u. Wohnungsnachweise  
durch die Lippische Bodaverwaltung.

**Thermal-Solbad**  
Inhalatorium, heilt Herz-Nerven-Frauen-  
Verdauungs- und Luftwege-Erkrankun-  
gen, Rheuma, Skrofulose,  
Bade-, Inhalations- u. Trinkkur.

Passage-Lichtspiele, Neukölln,  
Bergstr. 151/52  
Vom 2. bis 4. August 1927  
Laura La Plante in  
**Meine Frau — das Fräulein**  
Ferner: Gräfin Plämannschell,  
Bühnenschau.

**Anschluß  
Waschtische**  
Marmor Fayence  
bis zu  
**18**  
Monats-Raten  
**Raddat & Co.**  
Bismarckstr. 56, 122-123

**Sie staunen**  
über die billigen Preise meiner  
**Armband- u. Tasdienuhren**  
Großes Lager in allen Qualitäten u. Preislagen  
**Herm. Wiese**, Berlin N, Artilleriestr. 30  
Nähe Oranienburger Tor  
Garantie für jede bei m'r gekaufte Uhr  
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

**Arbeiter, Angestellte und Beamte**  
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-  
kongresses, des Alabundes, des Allgem. deutschen  
Beamtenbundes und der Genossenschaftliche nur  
versichern bei dem eigenen Unternehmen der  
**Volksfürsorge**  
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche  
Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Auskunft erteilt bzw. Material versendet kostenlos die  
Rechnungsbelle I Berlin 5 42, Ritterstr. 126, oder der Vor-  
stand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58-59.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99  
Vom 2. bis 4. August 1927  
Norma Talmad'e  
**Ki**  
Ferner: Bühnenschau

Viktoria-Lichttheater, Frankfurter  
Allee 48  
Vom 2. bis 4. August 1927  
**Einbruch**  
Ferner: Bühnenschau